



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,
Familie
am 24. Januar 2024
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Sebastian Rutten (FDP)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr

Ende: 17:46 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 01/24, 03/24)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Stv. Bermes ist entschuldigt
Stv. Enders nicht anwesend
Stv. Ruf vertreten durch Stv. Tobschall
Stv. Wardak nicht anwesend, somit ist die Fraktion BLW/ULW/BIG nicht im Ausschuss vertreten
Stv. Weinerth vertreten durch Stv. Dr. Wittkowski

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Vorsitzender Rutten informiert die Mitglieder über ein stattgefundenes Gespräch des Stadtverordnetenvorstehers mit den Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden.

Es wurden folgende, in der StVV-Geschäftsordnung geregelte Möglichkeiten der Sitzungsleitung besonders angesprochen:

- Unterbrechung der Sitzung bei störender Unruhe (§ 73)
- Worterteilung und Unterbrechung (§ 61) in Abgrenzung zur Entziehung des Wortes (Sanktion gem. § 68)

Ferner wurde die Zulassung „sachkundiger Personen“ (§ 28 Abs. 7) thematisiert.

Tagesordnung I

0001 Tagesordnung

Der Tagesordnung wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderung zugestimmt:

Es wird auf Antrag der CDU-Fraktion der folgende Tagesordnungspunkt der Tagesordnung II umgesetzt auf die Tagesordnung I:

5/II Ersatzbeschaffungen von Kinderspielplatzgeräten (23-V-67-0026)

Der umgesetzte Punkt wird nach TOP 4/I aufgerufen.

Im Übrigen bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 24. Januar 2024

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0002 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 06.12.2023

Einstimmig **genehmigt**

0003 24-F-63-0001

Für mehr demokratische Beteiligung für Kinder in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 17.01.2024 -

Protokollnotiz:

Vorsitzender Rutten stellt die Nachfrage, ob es bereits erste Überlegungen zur Stadtteilbezogenheit der Jugendbeteiligungskonzepte gibt, insb. zu den Auswahlkriterien, Zusammensetzung etc.

Stadträtin Dr. Becher wird auf die Nachfrage in dem schriftlichen Magistratsbericht eingehen. Es sei jedoch nicht geplant, Konzepte in allen 26 Stadtteile auszurollen.

Einstimmig **angenommen**

0004 24-F-69-0001

Sachstand Jungenberatungsstelle
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 17.01.2024 -

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher berichtet, dass die Eröffnung der regionalen Beratungsstelle für männliche Opfer sexualisierter Gewalt von Wildwasser e. V im Februar stattfinden wird.

Die Beratungsstelle wird mit 95.000 €/Jahr über kommunalisierte Landesmittel, vorbehaltlich der Weiterfinanzierung durch das Land Hessen, finanziert. Bedingt durch die Landesförderung umfasst die Beratungsstelle Zielgruppen aus dem Einzugsgebiet Wiesbaden, Rhein-Taunus, Main-Taunus, Frankfurt, Hochtaunus und Limburg-Weilburg. Der Rahmen und die Zielvereinbarungen werden durch die Stadt Wiesbaden verwaltet. Städtische Zuschussmittel stehen derzeit nicht zur Verfügung, was jedoch nicht bedeutet, dass Mittel nach der Etablierung des Angebots nicht künftig im Haushalt notwendig werden würden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Apel stellt die Ausrichtung des Vereins in Frage, welcher sich üblicherweise als stark feministisch darstellt und Männer als potenzielle Täter sieht. Auf der Homepage seien nun auch „Jungen“ aufgeführt. Es sei fraglich, bis welches Alter Wildwasser auch Männer als potenzielle Opfer sehen würde.

Sie fragt daher, inwieweit die bedarfs- und angebotsorientierte Ausrichtung des Vereins sichergestellt wird, insb. ob geplant sei, in den Beratungsstellen auch männliche Mitarbeitende zu beschäftigen.

Stadträtin Dr. Becher bietet an, die Ausrichtung hinsichtlich des Geschlechts und sexueller Identität bei Wildwasser zu erfragen. Das Dezernat gehe jedoch davon aus, dass wenn sich Wildwasser bewusst für die Etablierung einer Jungenberatungsstelle entschieden habe, seine Vereinsausrichtung entsprechend anzupassen. Genauer würde sich sodann im ersten Geschäftsbericht widerspiegeln.

Die antragsstellenden Fraktionen betrachten den Antrag als **durch Aussprache erledigt**, würden jedoch den Magistrat darum bitten, die Zielausrichtung und die Sicherstellung des Angebots bei Wildwasser zu erfragen und auf eine Überarbeitung der Homepage betr. das Angebot und die Zielgruppen hinzuweisen.

Es besteht Einvernehmen, Wildwasser nach der Eröffnung und Etablierung der Jungenberatungsstelle in den Ausschuss einzuladen.

0005 24-F-15-0001

Schulschwänzen verbaut Chancen für die Zukunft
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 16.01.2024 -

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher betont, dass die Hoheit in dieser Sache beim staatlichen Schulamt liegt und dort die Zahlen abgefragt werden müssen.

Von Seiten des Sozialdezernats können eingeschränkte Auskünfte über jene Schulen gegeben werden, wo städtische Maßnahmen, wie Hilfe zu Erziehung, oder die Schulsozialarbeit eingesetzt sind.

Frau Leß (AL 51) würde es für das Amt für Soziale Arbeit begrüßen, mit diesen Fragen an die Landesbehörde heranzutreten. Mit dem Vorliegen der Zahlen könne man ableiten, wo noch Bedarfe bestehen, um mit entsprechenden Maßnahmen dort verstärkt unterstützend tätig zu werden.

Der Antrag wird, unter der Maßgabe, dass die Anfragen an die zuständigen Stellen beim Staatlichen Schulamt gestellt werden, einstimmig **angenommen**.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0006 24-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

Protokollnotiz:

Stadträtin Dr. Becher informiert die Ausschussmitglieder über die nachfolgenden Punkte:

1. Das Regierungspräsidium Darmstadt hat der Stadt Wiesbaden die prognostizierten, vorläufigen Zuweisungszahlen für das erste Quartal bekannt gegeben. Unter Vorbehalt der laufenden Entwicklung im Quartal selbst, werden der Stadt knapp über 40 Personen pro Woche zugewiesen.
2. In diesem Jahr feiert das Jugendamt sein 100-jähriges Bestehen. Es werden zahlreiche, vielfältige Veranstaltungen zu Themen, die das Jugendamt bearbeitet, stattfinden. Bzgl. konkreten Terminen wird das Sozialdezernat an die Sozialausschussmitglieder herantreten.
3. Das Dezernat wird anlässlich der Aufstellungsverfügung des Stadtkämmerers zur einjährigen Haushaltsplanung 2025 an die Träger der Sozialen Arbeit herantreten und über die Besonderheit der Rahmenbedingungen für die inhaltliche und zeitliche Planung informieren.

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0007 Verschiedenes

(keine Wortmeldungen)

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Tagesordnung II

0008 **23-F-63-0073**

Mietspiegel

- Ersetzungsantrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 03.05.2023 zu 23-F-16-0007 -

- Bericht des Dezernates V vom 19.11.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0009 **23-F-69-0045**

Schulkinderbetreuung Schülerclub Nordenstadt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 21.06.2023 -

- Bericht des Dezernates VI vom 28.11.2023 -

Einstimmig (**Kenntnisnahme**)

0010 **23-V-51-0037**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; EVIM Bildung gGmbH, Kindertagesstätte Rheingastr. 112 in Biebrich

Einstimmig

0011 **23-V-51-0053**

Anpassung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung

gegen CDU

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

0012 23-V-67-0026

Ersatzbeschaffungen von Kinderspielplatzgeräten

Protokollnotiz:

Der Tagesordnungspunkt wird auf Antrag der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung I umgesetzt.

Stv. Weck stellt die Nachfragen, ob es sich bei der Sitzungsvorlage um eine seine Ersatzbeschaffung handelt und wo momentan weitere Arbeiten an Kinderspielplätzen durchgeführt werden.

Hierzu ist Herr Loyal vom Grünflächenamt anwesend. Er berichtet, dass es sich hier um reine Ersatzbeschaffungen handelt. Die Geräte seien selbst durch Instandhaltungen nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Derzeit sei arbeite man im Grünflächenamt an der Jahresplanung für 2025. Die Sitzungsvorlage stehe beispielhaft für aktuelle Ersatzbeschaffungen. Aktuell seien mehrere Plätze in Arbeit. Dabei handele es sich um größere Spielkombinationen und Spielgeräte, die noch einen Wert für den Spielplatz haben. Der Sachstand bzgl. die Arbeiten an den Spielplätzen in Kastel und Auringen werden gerne schriftlich nachgereicht.

Stv. Pfeifer fragt, ob die Möglichkeit bestünde, Geräte nach Ersatzbeschaffungen an Vereine, die finanziell nicht in der Lage für Neubeschaffungen sind, abzugeben. Herr Loyal berichtet, dass man es nicht verantworten könne Geräte, die auf Veranlassung der Stadt aus triftigen Gründen abgebaut werden, weiterzugeben

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .01.2024

Vorsitzender

Schriftführerin

Sebastian Rutten

Gabriella Wenzel